

Kommentar | 27.10.2017 | Lesezeit 2 Min.

„Etablierte Meinungen werden kaum hinterfragt“

„Die unteren Einkommensgruppen profitieren kaum von der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland“ – dieser viel zitierte Befund mag der Mehrheitsmeinung entsprechen und sie mehr und mehr stärken. Doch Plausibilitätschecks hält das alarmierende Szenario kaum stand, mahnt Judith Niehues, Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten und Methodenentwicklung im IW Köln.

Nahezu einhellig herrscht in Deutschland die Meinung, die Schere zwischen Arm und Reich habe sich in den vergangenen Jahren immer weiter geöffnet.

Verfolgt man die mediale Berichterstattung und öffentliche Diskussionen, scheinen Daten diesen Befund zu bestätigen, zeigen sie doch rückläufige Realeinkommen der ärmeren 40 Prozent der Bevölkerung seit dem Jahr 2010 – trotz der positiven Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung.

Allerdings: Seit 2008 steigen die Reallöhne – auch für Geringverdiener, wie unterschiedliche Datenquellen belegen. Die Zahl der Arbeitslosen und der Empfänger von Grundsicherung wies in den vergangenen Jahren ebenfalls einen tendenziell rückläufigen Trend auf, seit 2010 ebenso der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dagegen ist auf dem Vormarsch und eilt von Rekord zu Rekord.

Nur 8 Prozent der Bundesbürger halten ihre

wirtschaftliche Lage für schlecht – so wenige wie noch nie seit 1991.

Angesichts dieser eindeutig positiven Fakten muss man sich fragen: Wie plausibel ist es, dass sich 40 Prozent der Bevölkerung seit 2010 real schlechtergestellt haben sollen?

Doch wenn sich in der Öffentlichkeit erst einmal eine Meinung etabliert hat, wird sie kaum kritisch hinterfragt. Dabei müsste es doch aufhorchen lassen, wenn Daten nicht die tatsächliche, positive Entwicklung abbilden, sondern eher das Gegenteil. Das könnte schließlich auch auf ein Problem in den Daten hindeuten – anstatt auf ein reales Problem.

Tatsächlich gibt es dafür Belege: Die viel zitierte negative Realeinkommensentwicklung bei den unteren 40 Prozent kehrt sich beispielsweise um, wenn man Veränderungen in der Stichprobe herausrechnet (siehe www.iwd.de: „[Ungleichheit: Auf die Daten kommt es an](#)“).



Am eindeutigsten gegen die behauptete negative Entwicklung spricht aber die individuelle Wahrnehmung der Menschen – alle repräsentativen Befragungen zeigen, dass die Sorgen um die wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen sind.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist es auch Fakt, dass es weiterhin viele Menschen in schwierigen Lebenslagen gibt und sich eine Menge Beispiele finden lassen, die diesem Bild entsprechen. Doch es ist eben nicht die Regel: Aktuell beurteilen nur noch rund 8 Prozent der Bundesbürger ihre wirtschaftliche Lage als

schlecht oder sehr schlecht – so wenige wie zu keinem Zeitpunkt seit der Wiedervereinigung.

Dies heißt nicht, dass in Deutschland alles eitel Sonnenschein ist. Mit Recht lässt sich kritisch hinterfragen, warum die Ungleichheit trotz der positiven Entwicklung nicht eindeutig sinkt – die heutige Ungleichheit liegt unbestritten höher als noch in den 1990er Jahren.

Die Befragungen widersprechen aber eindeutig dem Bild, immer größere Gruppen in Deutschland würden von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt.

Gerade in Zeiten wachsender populistischer Tendenzen stellt sich deshalb auch die Frage, wie hilfreich es ist, mit so großer Beharrlichkeit Unzufriedenheit zu schüren.

Der Ansprechpartner:

Judith Niehues *Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten und Methodenentwicklung*

1. Seit 2011 im IW
2. Geboren 1982 in Münster
3. Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und der San Diego State University, Promotionsstudium im Graduiertenkolleg SOCLIFE an der Universität zu Köln



Telefon: 0221 4981-768

E-Mail: niehues@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- Judith Niehues, Armutsforscherin im IW Köln, weist in ihrem Kommentar darauf hin, dass die vermeintliche Zunahme der Einkommensungleichheit nicht zu den positiven Wirtschaftsdaten in Deutschland passt.

- Hinzu kommt: Nur 8 Prozent der Bundesbürger beurteilen ihre wirtschaftliche Lage als schlecht oder sehr schlecht - so wenige wie noch nie seit der Wiedervereinigung.
- Niehues' Erklärung: Aus den vorhandenen Datenquellen werden teilweise falsche Schlüsse gezogen.